SPD BRANDENBURG, Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Social Impact gGmbH
Schiffbauergasse 7

14467 Potsdam

Ansprechpartner: Erik Stohn
Generalsekretär

Telefon: +49 331 73098-0
Telefax: +49 331 73098-346

Mail: Erik.Stohn@spd.de

Potsdam, 12.08.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zu den Landtagswahlen 2019. Die SPD Brandenburg hat am 11. Mai 2019 ihr Regierungsprogramm für die Jahre 2019 bis 2024 beschlossen. Auf dieser Grundlage beantworten wir gern ihre Fragen.

1. Wie steht Ihre Partei zu der Forderung, dass alle Gründungspotentiale ausgeschöpft werden müssen und potentielle Gründer*innen eine finanzielle Unterstützung zur Sicherung des Lebensunterhalts in der Gründungsphase erhalten sollten?

   Antwort:
   Wir sind der Überzeugung, dass alle Gründungspotentiale weiter ausgeschöpft werden sollten. Bei der Gründungstätigkeit hat Brandenburg gemäß dem KfW-Gründungsmonitor 2019 eine sehr positive Entwicklung zu verzeichnen und erreicht im Ländervergleich den dritten Platz. Demnach haben sich im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2018 jährlich 134 von rund 10.000 Erwerbstätigen mit ihren Geschäftsideen selbstständig gemacht (siehe Pressemitteilung des MWE vom 26. Juli 2019: https://mwe.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=915835). An dieser positiven Entwicklung wollen wir festhalten und an einem noch stärkeren Gründergeist arbeiten.

   Mit den Existenzgründungsprogrammen Gründung innovativ, dem Mikrokredit, der Meistergründungsprämie und dem ILB ‚Brandenburg-Kredit Gründung' werden bereits eine Vielzahl an Gründerinnen und Gründer auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit unterstützt. Zusätzlich bringen wir Hilfen für Start-ups auf den Weg und arbeiten insbesondere daran, Gründerinnen und Gründern Räume zu schaffen, in denen sie ihre

Ideen entwickeln und vorantreiben können. Dazu gehört auch die Förderung von Start-ups mit Darlehen über den Frühphasenfonds. Außerdem unterstützen wir die SPD auf Bundesebene bei ihrem Vorhaben, das Thema Unternehmensgründung stärker in der Lehre zu verankern und Gründungsfreisemester für Studierende zu ermöglichen. Gründerinnen und Gründer sollen einfach und schnell Unterstützungsleistungen erhalten insbesondere bei der Sicherstellung des Lebensunterhaltes in der ersten Zeit nach der Gründung.

2. Wie planen Sie Grüner*innen in Deutschland einen gleichberechtigten Zugang zu Gründungsunterstützungsleistungen zu ermöglichen?

   Antwort:
   Wir wollen alle Gründungswilligen unterstützen und damit die Gründungskultur insgesamt stärken. Dieses Ziel ist auch explizit in der Gründungs- und Unternehmensnachfolgestrategie für das Land Brandenburg formuliert. Das Gründungsnetz Brandenburg unterstützt beispielsweise alle Gründerinnen und Gründer durch individuelle und aufeinander abgestimmte Maßnahmen. Außerdem unterstützen wir die Bundes SPD dabei, die Unternehmen in den ersten beiden Jahren nach Gründung von der monatlichen Voranmeldung der Umsatzsteuer zu befreien sowie die Bedingungen für Wagniskapital weiter zu verbessern.

3. Welchen Stellenwert messen Sie der Förderung von gründungswilligen Alleinerziehenden in Ihrem aktuellen Parteiprogramm bei? Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Nebenerwerbsgründungen zu erleichtern?

   Antwort:
   Wir kennen die besonderen Belastungen von Alleinerziehenden und den entsprechenden Förderbedarf. Gerade für Alleinerziehende stellen Nebenerwerbsgründungen eine beliebte Form der Existenzgründung und eine Alternative zu anderen gängigen Erwerbsformen dar. Da Nebenerwerbsgründungen häufig ein Weg in die Vollerwerbsselbständigkeit sind, müssen die Gründe für eine sinkende Zahl an Nebenerwerbsgründungen eruiert und beseitigt werden.

4. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Unterstützungs- und Beratungsleistungen für Gründer*innen mit Migrationshintergrund zu verbessern? Wie stehen Sie dazu, dass §21 Aufenthaltsgesetz zu reformieren und die jeweiligen Verwaltungsvorschriften anzupassen?

   Antwort:
   Wir begrüßen es, dass die Bedeutung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Gründungskultur stetig steigt. Denn Unternehmensgründungen von Menschen mit Migrationshintergrund tragen nicht nur zur regionalen Wirtschaftsbelebung bei, sondern stellen auch einen zentralen Integrationsbeitrag dar. Deswegen hat Brandenburg den Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten gegründet. Dieser

bietet den Gründerinnen und Gründern mit Migrationshintergrund kostenlose Unterstützung auf dem Weg in die berufliche Selbstständigkeit u.a. durch die Unterstützung bei interkulturellen Fragestellungen sowie beim Überwinden bürokratischer Hürden.

5. Wird sich ihre Partei für eine Gründungsunterstützung von älteren Menschen einsetzen? Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um die Gründungsunterstützung dieser Zielgruppe voranzutreiben?

   Antwort siehe Frage 7

6. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zu ergreifen, um Frauen den Weg in die Selbstständigkeit zu erleichtern und sie während des Gründungsprozesses zu unterstützen?

   Antwort:
   Frauen sind sehr gut ausgebildet und doch gründen sie nur knapp drei von zehn Unternehmen. Die Förderung von Existenzgründerinnen und selbstständigen Frauen bringt mehr wirtschaftliches Wachstum, eine Steigerung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie mehr Chancengleichheit und Gleichstellung im Erwerbsleben. Deshalb wollen wir mehr Frauen als Gründerinnen fördern, unter anderem durch einen besseren Zugang zu Gründungskapital und eine auf ihre Bedürfnisse angepasste Beratung und Unterstützung.

   Auch in Brandenburg gründen Frauen nur ein Drittel aller Unternehmen in Land. Wir wissen, dass Frauen bei der Existenzgründung mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind. Daher wollen wir Frauen verstärkt dabei unterstützen, ihre Geschäftsideen umzusetzen und bieten eine Vielzahl an Beratungs- und Förderangeboten sowie Netzwerkstrukturen an, die sich explizit an Frauen richten.

7. Wie beabsichtigt Ihre Partei die Gründungsunterstützung von Menschen mit Schwerbehinderung zu fördern?

   Antwort auf Frage 5 und 7:
   Für besondere Zielgruppen wie beispielsweise junge oder ältere Menschen, Frauen, Menschen mit Schwerbehinderung sowie innovative und technologieorientierte Gründerinnen und Gründer gibt es spezielle Angebote und Formate zum Thema Gründung und Unternehmensnachfolge. Mit zielgruppenspezifischen Angeboten wollen wir verstärkt auch diese Zielgruppen für die Gründung eines Unternehmens begeistern.

8. Welche Maßnahmen müssen Ihrer Auffassung nach ergriffen werden, um die Gründungsaktivitäten in ländlichen Regionen zu verbessern? Welche Maßnahmen planen Sie, in der kommenden Zeit umzusetzen?

Antwort:
Zentrale Voraussetzung für unternehmerische Tätigkeiten auf dem Land sehen wir in der Verfügbarkeit von Fachkräften, infrastrukturellen Voraussetzungen, einer flächendeckenden Breitbandversorgung usw. Wir stellen sicher, dass in den ländlichen Regionen die entsprechenden Rahmenbedingungen für Gründer und Unternehmer weiter ausgebaut werden.

Um im gesamten Land und damit auch im ländlichen Raum ein Umfeld für Firmengründungen und Start-ups zu schaffen sowie die enge Zusammenarbeit von Forschung, Entwicklung und Unternehmen zu steigern, werden wir die „Regionalen Wachstumskerne“ und Industriezentren weiter fördern und entwickeln. Wir wollen Innovationsparks entlang der zentralen Verkehrsachsen aufbauen, die die Regionalen Wachstumskerne mit Berlin und anderen Metropolen verbinden.

Um Menschen im ländlichen Raum für eine Unternehmensgründung zu motivieren, müssen vorab auch bedarfsgerechten Beratungs- und Förderangeboten zur Verfügung stehen. Bisher sind diese Strukturen insbesondere in den städtischen Regionen vorzufinden.

9. Gibt es in ihrer Partei konkrete Vorschläge, wie die große Lücke in der Unternehmensnachfolge geschlossen werden kann?

Antwort:
Eine zentrale Herausforderung der Brandenburger Wirtschaft sind die Gewinnung von Fachkräften und die Organisation von Unternehmensnachfolgen. Brandenburg bietet bereits eine Vielzahl passgenauer Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für Existenzgründungen und junge Unternehmen. Bei der Unternehmensnachfolge müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass die Übernahme eines bestehenden und funktionierenden Unternehmens wieder an Attraktivität gewinnt.

Unser Ziel ist es außerdem, kleinere Betriebe bei der Ausbildung von Nachwuchs zu unterstützen, uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Meistergebühren einzusetzen, Unternehmensgründungen weiter zu fördern sowie einen Nachfolgecampus ins Leben zu rufen.

Mit freundlichen Grüßen

Erik Stohn
Generalsekretär